

Antrag 1.5.2: Recht auf Bildung und Chancengleichheit für Schulkinder

Antragsteller*in:	AWO Bezirksverband Hessen-Nord e.V.
Status:	Überweisung an das Präsidium (als Arbeitsmaterial zum Leitantrag)
Antragskommission:	Überweisung an das Präsidium (als Arbeitsmaterial zum Leitantrag)

1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

2

3 Schulische Bildung ist mehr als das Anhäufen von abfragbarem Wissen. Schule ist immer
4 auch und in erster Linie die soziale und kulturelle Teilhabe am gesellschaftlichen
5 Leben. Hierfür muss den Kindern und Jugendlichen ausreichend Zeit belassen und
6 individuelle Förderung gewährt werden.

7 Um auf die unterschiedlichen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen eingehen zu
8 können, muss Schule den Einzelnen entsprechend seiner Möglichkeiten unterstützen und
9 durch gemeinsames Lernen in der Gruppe die Begabungen ihrer Mitglieder für alle
10 nutzbar machen.

11 Das Miteinander und Voneinander lernen muss im Vordergrund stehen, nicht das bloße
12 Erreichen von Lernzielen. Um dies zu ermöglichen müssen umfangreiche, fördernde
13 Maßnahmen weiter mit voller Kraft unterstützt werden, wir fordern daher:

14

15 1. Ganztagschulen als „Häuser des Lernens“ mit entzerrten Unterrichtsangeboten,
16 mehr gezielte individuelle Förderung und gute Freizeitangebote unter
17 partnerschaftlicher Einbeziehung der örtlichen Träger der Jugendarbeit.

18

19 2. Kinder aus weniger privilegierten Herkunftsfamilien in Kleingruppen mit
20 individuellen Fördermöglichkeiten unterstützen (unter Berücksichtigung des
21 Gesundheitsschutzes!).

22

23 3. Ausbau der Schulsozialarbeit, um die Konfliktsituationen und Alltagsbelastungen
24 der Kinder/Jugendlichen besser zu begleiten.

25

26 4. Die Vermittlung von Fertigkeiten im Umgang mit digitalen Medien, die Nutzung
27 digitaler Medien zur Verbesserung des fachlichen Lernens, die Entwicklung und
28 Umsetzung neuer Formen des Unterrichtens mit digitalen Medien sowie die
29 Forderung des Medienkompetenzerwerbs bzw. des Erwerbs „digitaler“ Kompetenzen
30 als Querschnittskompetenz.

Begründung

Schule muss das Bewusstsein erlangen wesentlicher Bestandteil im Sozialraum zu sein!

Die soziale Teilhabe der Kinder und Jugendlichen ist durch die Pandemie nur noch sehr eingeschränkt möglich. Kinder und Jugendliche vereinsamen, da ihnen die sozialen Kontakte zu Familienangehörigen (Großeltern z. B.), ihren Freunden und Mitschülern fehlen.

Die Schere zwischen Kindern aus sozial privilegierten und benachteiligten Familien ist weiter aufgegangen. Hierbei wird deutlich, dass bildungsnahe Familien andere Herausforderungen zu lösen haben, wie bildungsferne Familien. Einerseits ist die Kinderbetreuung nicht gewährleistet, es wird im Homeoffice gearbeitet und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf lastet zum größten Teil auf den Frauen.

Andererseits haben die bildungsfernen Familien die Herausforderung Familie und Beruf zu koordinieren ohne im Homeoffice arbeiten zu können. Die Kinder sind nicht selten auf sich allein gestellt. Die Unterstützung bei den Hausaufgaben stellt diese Eltern häufig vor echte Herausforderungen. Die Chancengleichheit ist hier nicht zu gewährleisten.

Jedes vierte Kind ist von Armut in Deutschland bedroht. Zahlen werden steigen durch Kurzarbeit, Insolvenzen, etc.. Die Folgen sind materielle Einschränkungen, gesundheitliche und psychosoziale Probleme.

Für Kinder heißt das sozialer Ausschluss und verringerte Bildungschancen.

Nicht selten erfahren Kinder und Jugendliche zum jetzigen Zeitpunkt des Pandemiegeschehens, dass die familiäre Stressbelastung, unter anderem dadurch erhöht ist, dass viele Familien ihren Alltag während der Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen neu organisieren müssen.

Hierbei kam es immer häufiger zu häuslicher Gewalt, ausgelöst durch enges Beisammensein in der Familie und teilweise beengtem Wohnraum.

Existenzielle Sorgen wegen eingeschränkter Verdienstmöglichkeiten, Kurzarbeit oder Verlust des Arbeitsplatzes kamen zur Lebenssituation hinzu.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit ist aufgrund dieser Alltagsbelastungen und Konfliktsituationen dringlicher als je zuvor.

Auch zeigt die gegenwärtige Krise sehr deutlich, dass es mit einer kurzfristigen Digitalisierung in den Schulen nicht getan ist – die Nutzung digitaler Medien ist in allen Bereichen des Unterrichtens und der Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen mitzudenken und muss entsprechend berücksichtigt, aufgegriffen und vermittelt werden.

Hinzu kommt: Nicht alle Kinder und Jugendlichen haben den Zugang zu geeigneten digitalen Medien, um den geforderten Lehrstoff von zu Hause aus bearbeiten zu können.

Unterschiede im Zugang zu und im Umgang mit digitalen Medien verstärken die Ungleichheit. Hierfür gibt es mehrere, empirisch belegte Hinweise, die zeigen, dass politisch schnell gehandelt werden sollte.